Der Versorgungsausgleich

von Rainer Glockner, Arndt Voucko-Glockner, Ute Hoenes, Klaus Weil

2. Auflage

<u>Der Versorgungsausgleich – Glockner / Voucko-Glockner / Hoenes / et al.</u> schnell und portofrei erhältlich bei <u>beck-shop.de</u> DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Versorgungsausgleich



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet: <u>www.beck.de</u> ISBN 978 3 406 64265 4

Glockner/Hoenes/Weil Der Versorgungsausgleich

Der Versorgungsausgleich

von

Rainer Glockner

Rechts- und Rentenberater in Karlsruhe

Ute Hoenes

Aktuarin in München

Arndt Voucko-Glockner

Diplom-Volkswirt und Rentenberater für den Versorgungsausgleich in Karlsruhe

Klaus Weil

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht in Marburg

2., überarbeitete und erweiterte Auflage



Verlag C.H. Beck München 2013

Zitierweise: Glockner/Hoenes/Weil § ... Rn....

www.beck.de

ISBN 9783406642654

© 2013 Verlag C.H.Beck oHG Wilhelmstraße 9, 80801 München Druck und Bindung: Druckhaus Nomos In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen (Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

"Habe nun ach die Mathematik und auch die Juristerei studiert mit heiß' Bemühn. Nun bin ich noch ein größ'rer Tor beim Ausgleichsrechnen wie zuvor". [nach Goethes Faus I]

Im Vorwort zur ersten Auflage unseres Buches haben wir darauf verwiesen, dass im Zusammenhang mit dem am 1.9.2009 in Kraft getretenen neuen Recht die Probleme des früheren Rechts durch neue Probleme ersetzt werden. Die Praxis hat uns leider Recht gegeben:

Das neue Recht hat sich zu einem Expertenrecht entwickelt, das teilweise hinsichtlich der Wertbestimmung ehezeitlicher Anrechte gegenüber dem früheren Recht noch weit unübersichtlicher geworden ist. Insbesondere die Dominanz des vom Zugewinn abgeleiteten auszugleichenden Kapitalwerts ehezeitlicher Anrechte entspricht zwar den Regeln der versicherungsmathematischen Bewertung, die jedoch weitgehend mit allgemein verständlichen Bewertungsgrundlagen der beim Versorgungsausgleich zu berücksichtigenden Renten nicht identisch sind.

Die angebliche Hilfsgröße Korrespondierender Kapitalwert ist auf dem Umweg der Rechnungsgrundlagen nach den anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik häufig zum bestimmenden Wert des Versorgungsausgleichs geworden.

Im Zusammenhang mit der erforderlichen Korrektur des jetzigen Gesetzes sollte unter der Überschrift *back to the roots* eine zumindest teilweise Rückkehr vom Kapitalausgleich zum Rentenausgleich erfolgen, bei der die Mathematik nicht dominiert, sondern Hilfestellung leistet.

Karlsruhe, Marburg und München, im April 2013

Rainer Glockner Ute Hoenes Arndt Voucko-Glockner Klaus Weil

Inhaltsübersicht

Abki	ultsverzeichnis	
§ 1	Begriffserläuterungen	1
§ 2	Auszugleichende Anrechte und Halbteilung	7
_	I. Versorgungen im Sinne des Versorgungsausgleichs	7
	II. Die Halbteilung beim Versorgungsausgleich nach neuem Recht	15
	III. Die beim Wertausgleich zu berücksichtigende Ehezeit	21
§ 3	Auskünfte zum Versorgungsausgleich	23
_	I. Auskunftsansprüche	23
	II. Bestimmung des Ehezeitanteils und des Ausgleichwerts	25
	III. Korrespondierender Kapitalwert (KoKa)	34
§ 4	Allgemeine Wertermittlungsvorschriften	39
	I. Die drei Möglichkeiten der Berechnung des ehezeitlichen Anrechts	39
	II. Unmittelbare Bewertung eines Anrechts	39
	III. Zeitratierliche Berechnung eines Anrechts	41
	IV. Bewertung einer laufenden Versorgung	43
	V. Bewertung nach Billigkeit	44
§ 5	Gesetzliche und beamtenrechtliche Versorgung	45
	I. Gesetzliche Rentenversicherung	45
	II. Die Beamtenversorgung	60
§ 6	Betriebliche Altersversorgung	69
	I. Einleitung	69
	II. Sondervorschriften für Anrechte nach dem Betriebsrentengesetz	72
	III. Die Durchführungswege	77
	IV. Ausgestaltung der Leistungen	83
	V. Bedeutung der Finanzierung der Zusage für den	84
	VersorgungsausgleichVI. Die Regelungen des BetrAVG zur Unverfallbarkeit	84 85
	VII. Die Ausgleichsformen	88
	VIII. Mögliche Gestaltungsformen bei den einzelnen	00
	Durchführungswegen	90
§ 7	Sonstige Versorgungen	103
	I. Berufsständische Versorgungen	103
	II. Private Versicherungsverträge	112
	III. Zusatzversorgungen des öffentlichen Dienstes	116
	IV. Ausländische Versorgungsanrechte	119

Inhaltsübersicht

§ 8	Ausgleichsformen	129
	I. Rangfolge der Ausgleichsformen und deren Ausnahmen	129
	II. Die interne Teilung von Anrechten	130
	III. Die externe Teilung	138
	IV. Ausgleich bei Geringfügigkeit eines Anrechts	151
	V. Die Härtefälle des § 27 VersAusglG	165
§ 9	Vereinbarungen	187
	I. Bisherige Regelung	187
	II. Die Neuregelung	188
§ 10	Ausgleichsreife und schuldrechtlicher Ausgleich	205
	I. Die fehlende Ausgleichsreife	205
	II. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung/Schuldrechtlicher	
	Ausgleich	209
§ 11	Anpassungen nach Rechtskraft	225
	I. Allgemeines	225
	II. Das Unterhaltsprivileg	227 231
	III. Die Anpassung nach § 34 VersAusglG IV. Unterbleibende Kürzung einer Invaliditätsrente	232
	V. Rückfall eines Anrechts wegen Todes des Ausgleichsberechtigten	234
		237
§ 12	Ergänzende Vorschriften	237
	Private Berufsunfähigkeitsrente, § 28	237
	II. Leistungsverbot bis zum Abschluss des Verfahrens, § 29	239
	III. Schutz des Versorgungsträger im Leistungsfall, § 30	240
	IV. Tod eines Ehegatten	242
δ 13	Übergangsvorschriften	247
3 13	I. Allgemeine Übergangsvorschrift	247
	II. Recht im Beschwerdeverfahren	249
	III. Wiederaufnahme von ausgesetzten Verfahren nach dem	217
	Versorgungsausgleichs-Überleitungsgesetz (VAÜG)	250
δ 14	Abänderungen rechtskräftiger Entscheidungen	253
3	I. Zulässigkeit einer Abänderung	253
	II. Auswirkung der Abänderungsentscheidung	271
§ 15	Steuern und Sozialabgaben im Versorgungsausgleich	277 277
	I. EinführungII. Arten der Besteuerung von Versorgungsleistungen	277
	III. Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	278
	IV. Steuerliche Auswirkung der Teilung eines Anrechts im	2/0
	Versorgungsausgleich	279
	V. Steuern und Sozialabgaben bei den geteilten Anrechten	280
§ 16	Einige Anmerkungen zur Versicherungsmathematik	283
	I. Einführung	283
	II. Erläuterung der Begriffe Deckungskapital und	202
	versicherungsmathematischer Barwert	283

Inhaltsübersicht

III. Grundlagen für die Berechnung eines Deckungskapitals oder versicherungsmathematischen Barwerts	286 291
Anhang	
Gesetz über den Versorgungsausgleich (Versorgungsausgleichsgesetz – VersAusglG)	293
und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	308
3. Rechtsprechung des BGH zum Versorgungsausgleich (Auszüge)	312
4. Monatliche Bezugsgrößen (BZG) § 18 I SGB IV	317
5. Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der allgemeinen Rentenversicherung §§ 159, 160 SGB VI	318
6. Bundeseinheitliche Formulare zum Versorgungsausgleich/Übersicht	319
Sachverzeichnis	321

Abki	ltsübersichtürzungsverzeichnisaturverzeichnis	VII XXIII XXVII
§ 1	Begriffserläuterungen	1
§ 2	Auszugleichende Anrechte und Halbteilung	7
	I. Versorgungen im Sinne des Versorgungsausgleichs	7
	1. Anrechte, Anwartschaften, Leistungen	7
	2. Die in den Versorgungsausgleich einzubeziehenden Anrechte3. Beim Versorgungsausgleich nicht zu berücksichtigende	7
	Anrechte	8
	4. Voraussetzung für die Einbeziehung eines Anrechts	8
	a) Durch Arbeit begründetes Anrecht	8
	b) Durch Vermögen begründetes Anrecht	8
	c) Leistungen wegen Alters und/oder Invalidität	9
	d) Leistungen wegen Todes	9
	aa) Die Berücksichtigung von Witwer-/Witwenrenten	10
	bb)Die Berücksichtigung von Waisenrenten	10
	5 Abgrenzung des Rentenbegriffs	10
	6. Die beim Versorgungsausgleich zu berücksichtigenden	11
	Kapitalanrechte	11
	a) Anrechte im Sinne des Betriebsrentengesetzes	11
	b) Altersvorsorgeverträge nach dem Alterszertifizierungsgesetz 7. Die Erfüllung von Wartezeiten	12 14
	8. Doppelverwertungsverbot von Kapitalanrechten	14
	• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •	
	II. Die Halbteilung beim Versorgungsausgleich nach neuem Recht 1. Die Halbteilung der ehezeitlichen Anrechte	15 15
	Die Halbteilung der enezeitlichen Afrechte Die geänderten Grundregeln der Art der Halbteilung	15
	b) Der Einzelausgleich nach neuem Recht	17
	c) Kapitalwerte als Grundlage der neuen Halbteilung	17
	4. Ausgleichspflicht und Ausgleichsberechtigung	18
	5. Der (Kapital-)Wert des auszugleichenden Anrechts	18
	6. Die Berechnung des hälftigen Werts	19
	7. Die Ausnahme vom Einzelausgleich	20
	III. Die beim Wertausgleich zu berücksichtigende Ehezeit	21
	Keine Änderungen gegenüber früherem Recht	21
	2. Das Für-In-Prinzip	21
§ 3	Auskünfte zum Versorgungsausgleich	23
	I. Auskunftsansprüche	23
	1. Verfahrensrechtliche Auskunftspflichten	23
	2. Materielle Auskunftspflichten	23

	3. Geltendmachung der Auskünfte	25
	4. Vollstreckung	25
	II. Bestimmung des Ehezeitanteils und des Ausgleichwerts	25
	1. Die Zuständigkeit der Versorgungsträger	25
	2. Die Vorschläge der Versorgungsträger	27
	a) Allgemeine Angaben	27
	b) Maßgebliche Bezugsgröße	30
	c) Der mitzuteilende Kapitalbetrag	31
	d) Rechtsgrundlage für Anrecht und Teilungsordnung3. Änderungen des Vorschlags zur Durchführung des Ausgleichs	31 31
	III. Korrespondierender Kapitalwert (KoKa)	34 35
	Korrespondierender Kapitalwert gleich Beitrag Korrespondierender Kapitalwert gleich Übertragungswert nach	33
	§ 4 Abs. 5 BetrAVG	36
	3. Korrespondierender Kapitalwert gleich versicherungs-	30
	mathematischer Barwert	37
	4. Wertvergleich	37
§ 4	Allgemeine Wertermittlungsvorschriften	39
	I. Die drei Möglichkeiten der Berechnung des ehezeitlichen Anrechts	39
	II. Unmittelbare Bewertung eines Anrechts	39
	1. Die retrospektive Bestimmung des Ehezeitanteils	39
	2. Mischformen einer direkten Berechnung eines Ehezeitanteils	40
	a) Fehlende Berechnungsmöglichkeit eines ehezeitlichen	40
	Deckungskapitals	40
	b) Berechnungsart bei Systemänderungen	40
	c) Mischform von direkter und zeitratierlicher Berechnung d) Unterjährige Berechnung	40 41
		41
	III. Zeitratierliche Berechnung eines Anrechts	41
	Bewertung	41
	a) Abhängigkeit von einer variablen Bemessungsgrundlage	41
	b) Fehlende Zuordnung zu einem bestimmten Zeitraum	42
	c) Umstellung eines Versorgungssystems	42
	2. Beispiele einer zeitratierlichen Berechnung	42
	3. Familienbezogene Bestandteile eines Anrechts	43
	IV. Bewertung einer laufenden Versorgung	43
	V. Bewertung nach Billigkeit	44
§ 5	Gesetzliche und beamtenrechtliche Versorgung	45
	I. Gesetzliche Rentenversicherung	45
	1. Die gesetzliche Rentenversicherung im Versorgungsausgleich	45
	2. Die Finanzierung gesetzlicher Renten	45
	3. Die Rentenformel	46
	a) Einkommen – Beiträge – Entgeltpunkte	
	b) Der Zugangsfaktor und die Regelaltersgrenze	
	c) Der Rentenartfaktord) Der Aktuelle Rentenwert	
	u) Dei Aktuelle kentenwert	49

e) Die Höherversicherung in der gesetzlichen Renten-
versicherung
4. Rentenrechtliche Zeiten
a) Definition der rentenrechtlichen Zeiten
b) Beitragszeiten
c) Beitragsfreie Zeiten
d) Berücksichtigungszeiten (BÜZ)
5. Wartezeiterfüllung durch den Wertausgleich bei Scheidung
a) Wartezeiterfüllung bei einem auszugleichenden Anrecht
b) Wartezeiterfüllung bei gem. § 10 Abs. 2 VersAusglG zu verrechnenden Anrechten
Das In-Prinzip in der gesetzlichen Rentenversicherung
7. Die geschenkten Beitragszahlungen
8. Die Beitragskosten in der gesetzlichen Rentenversicherung
She belangskoster in der gesetzlicher kerteriversiererang She belangskoster in der gesetzlicher kerteriversiererang She belangskoster in der gesetzlicher kerteriversiererang
Rentenanrechte
10. Ehezeitanteilsauskunft bei laufenden Renten
11. Gesetzlicher Ehezeitanteil – Brutto-Prinzip
II. Die Beamtenversorgung
Anrechte aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis
Erfasster Personenkreis im Einzelnen
Die Anwendung der Beamtenversorgungsgesetzes
4. Höhe einer beamtenrechtlichen Versorgung
a) Ruhegehaltsatz
b) Ruhegehaltfähige Dienstzeit
c) Ruhegehaltfähige Dienstbezüge
Der Ehezeitanteil beamtenrechtlicher Anrechte
a) Die beamtenrechtliche Zurechnungszeit bei der Berechnung
des Ausgleichswerts
b) Anhebung der Regelaltersgrenze
c) Versorgungsabschlag bei vorgezogenem Altersruhegeld
6. Die Durchführung des Ausgleichs beamtenrechtlicher Anrechte
7. Beamte auf Widerruf
8. Emeritenbezüge
S. Ernentenbezuge S. Kürzung aufgrund des durchgeführten Versorgungsausgleichs
10. Anrechnung anderer Anrechte
11. Der Unterhaltsbeitrag gem. § 22 Abs. 2 BeamtVG
12. Kommunale Wahlbeamte
13. Der Korrespondierende Kapitalwert beamtenrechtlicher
Anrechte
14. Wegfall des Höchstbetrags und des Pensionistenprivilegs
15. Auswirkungen der Föderalismusreform
16. Unmittelbare Berechnung des Ehezeitanteils
10. Offilittelbare bereefficing des Effezettantens
Betriebliche Altersversorgung
I. Einleitung
1. Betriebliche Altersversorgung
2. Das Betriebsrentengesetz und die Definition der betrieblichen
Altersversorgung in Deutschland

	Abgrenzung der betrieblichen Altersversorgung zu anderen Sozialleistungen des Arbeitgebers	-
	4. Abgrenzung zur Unternehmerversorgung	
II.	Sondervorschriften für Anrechte nach dem Betriebsrentengesetz	7
	1. Kapitalzusagen im Versorgungsausgleich	7
	Zulässigkeit einer externen Teilung Ausgleichsreife	7
	4. Wert eines Anrechts auf betriebliche Altersversorgung	7
	5. Die Berechnung des Ehezeitanteils	7
	6. Anrechte bei einem Träger einer Zusatzversorgung des	,
	öffentlichen oder kirchlichen Dienstes	7
		7
ш.	Die Durchführungswege	7
	1. Die Direktzusage	7
	3. Die Pensionskasse	7
	4. Der Pensionsfonds	8
	5. Die Unterstützungskasse	8
IV/	Ausgestaltung der Leistungen	8
١٧.	1. Die (reine) Leistungszusage	8
	Die beitragsorientierte Leistungszusage	8
	3. Die Beitragszusage mit Mindestleistung	8
٧/	Bedeutung der Finanzierung der Zusage für den	
٧.	Versorgungsausgleich	8
١,,,		
VI.	Die Regelungen des BetrAVG zur Unverfallbarkeit	8
	Die Unverfallbarkeit der Höhe nach	8
	a) Die zeitratierliche Kürzung nach § 2 Abs. 1 BetrAVG	8
	b) Die versicherungsförmige oder versicherungsvertragliche	Ŭ
	Lösung nach § 2 Abs. 2 und Abs. 3 BetrAVG	8
	c) Die unverfallbare Anwartschaft bei Entgeltumwandlung	
	und bei beitragsorientierten Leistungszusagen nach	
	§ 5a BetrAVG	8
	d) Die unverfallbare Anwartschaft bei Beitragszusagen mit	
	Mindestleistung nach § 5b BetrAVG	8
VII.	Die Ausgleichsformen	8
	1. Interne Teilung	8
	2. Externe Teilung	8
/III.	Mögliche Gestaltungsformen bei den einzelnen	
	Durchführungswegen	9
	1. Direktzusage	9
	a) Festrentenzusage	9
	b) Dienstzeitabhängige Festrentenzusage	9
	c) Endgehaltsabhängige Zusage	9
	d) Endgehalts- und dienstzeitabhängige Zusage	9
	e) Gesamtzusage	9
	f) Durchschnittsgehalts- und dienstzeitabhängige Zusage	
	(Rentenbausteinsystem)	9

	g) Beitragsorientierte Leistungszusage nach dem	
	Versicherungsprinzip	94
	h) Beitragsorientierte Zusagen nach dem Sparprinzip	96
	i) Besitzstände	98
	2. Direktversicherung	98
	a) Zuordnung Direktversicherung	99
	b) Berufsunfähigkeitsversicherung	99
	c) Verfügbarkeit bei Direktversicherungen	99
	d) Beitragspflicht bei Direktversicherungen	99
	e) Besteuerung von Direktversicherungen	100
	f) Fortführung von Direktversicherungsverträgen	100
	g) Abgetretene, beliehene und verpfändete Direktver-	
	sicherungen	100
	3. Pensionskasse	100
	4. Pensionsfonds	101
	5. Unterstützungskasse	102
§ 7	Sonstige Versorgungen	103
3 '	I. Berufsständische Versorgungen	103
	Berufsständische Versorgung als Grundversorgung	103
	2. Die bestehenden berufsständischen Versorgungswerke	103
	3. Die Möglichkeiten des Ausgleichs berufsständischer Anrechte	104
	a) Ausgleich entsprechend dem Deckungskapital	104
	b) Ausgleich entsprechend Steigerungszahlen oder ähnlichen	105
	Bemessungsgrundlagen	105
	c) Mischformen des Ausgleichs	107
	4. Unterschiedlicher Risikoschutz	109
	5. Überleitung von Anrechten	109
	6. Auskunftsbögen zu berufsständischen Versorgungen	110
	II. Private Versicherungsverträge	112
	1. Private Rentenversicherung	112
	a) Die aufgeschobene Leibrentenversicherung	112
	b) Das Deckungskapital als Bezugsgröße	112
	c) Die Halbteilung des Deckungskapitals	112
	d) Bezugsrecht und Versicherungsnehmereigenschaft	112
	e) Berücksichtigung der Überschussbeteiligung	113
	f) Der Ausgleich fondsgebundener privater Renten	113
	g) Abgetretene Renten	113
	2. Private Kapitalversicherungen	113
	3. Auskunft zur privaten Altersversorgung	114
	III. Zusatzversorgungen des öffentlichen Dienstes	116
	1. Die Zusatzversorgung als Sonderform der betrieblichen	
	Versorgung	116
	2. Die Satzungsregelungen der VBL	116
	3. Die Berechnungsgrundlagen einer auszugleichenden	
	Zusatzversorgung	117
	a) Die Höhe einer Zusatzversorgung des Öffentlichen Dienstes	117
	b) Die interne Teilung als Ausgleichswert	118
	c) Keine hälftige Rententeilung	119

	IV. Ausländische Versorgungsanrechte	119
	1. Die Voraussetzungen zur Einbeziehung ausländischer Anrechte	110
	in den Versorgungsausgleich	119 121
	a) Die Ermittlung ausländischer Anrechte	121
	b) Die Bewertung ausländischer Anrechte	121
	3. Ausgleich ausländischer Anrechte	123
	a) Der schuldrechtliche Ausgleich	123
	b) Der Ausgleich durch Vereinbarung	123
	c) Der Ausgleich durch Abfindung	123
	4. Die Sperrklausel des § 19 Abs. 3 VersAusglG	124
	5. Ausgleich bei Tod des Verpflichteten	125
	6. Ausländischer Vorsorgeausgleich und deutscher	. 23
	Versorgungsausgleich am Beispiel schweizerischer	
	AHV/IV-Rentenanrechte	126
	,,	
§ 8	Ausgleichsformen	129
	I. Rangfolge der Ausgleichsformen und deren Ausnahmen	129
	II. Die interne Teilung von Anrechten	130
	1. Art der internen Teilung	130
	a) Die Höhe der intern geteilten Anrechte	131
	b) Anrechte gleicher Art bei einem oder mehreren	
	Versorgungsträgern	131
	2. Der Ausgleich bei Verrechnung	131
	a) Verrechnung durch den Versorgungsträger	132
	b) Anrechte gleicher Art bei einem oder mehreren	122
	Versorgungsträgern	132
	3. Anforderungen an die interne Teilung	133
	4. Nachehezeitliche Wertveränderungen aufgrund dynamischer	124
	Anpassungen	134
	a) Einkommensabhängige Anpassungen	134 134
	b) Preisabhängige Anpassungen	
	c) Zinsabhängige Anpassungen5. Die leistungsabhängige Bewertung des Ehezeitanteils	134 135
		135
	Rechtsfolgen der internen Teilung von betrieblichen Anrechten a) Die Insolvenzsicherung	136
	b) Die Dynamik	136
	c) Der Versorgungsträger	137
	7. Teilungskosten des Versorgungsträgers	137
	III. Die externe Teilung	138
	Nachrangige Durchführung der externen Teilung	138
	2. Regelausgleich der externen Teilung	139
	a) Die Regelvoraussetzungen der externen Teilung	140
	b) Kapitalzahlungen zur Durchführung des externen	1 40
	Ausgleichs	140
	Rententrend	141
	d) Ausschluss der externen Teilung	142
	a, massermass are enterrior folially minimum minimum minimum	

3. Zielversorgungen im Sinne des § 15 VersAusglG	143
a) Ausschluss der externen Teilung	144
b) Die Versorgungsausgleichskasse als Zielversorgung	144
4. Wahl der geeigneten Zielversorgung	145
5. Die externe Teilung von Anrechten aus einem öffentlich-	
rechtlichen Dienstverhältnis	146
6. Der Sonderfall der externen Teilung gem. § 17 VersAusglG	147
7. Die Unwirtschaftlichkeit der externen Teilung betrieblicher	
Anrechte	148
8. Externe Teilung, Tenorierung und Verzinsung des	
Ausgleichswerts	151
IV. Ausgleich bei Geringfügigkeit eines Anrechts	151
1. Allgemeines zur Geringfügigkeit	151
2. Prüfungsreihenfolge	153
3. Geringfügige Wertdifferenz von Anrechten gleicher Art	
(§ 18 Abs. 1 VersAusglG)	155
a) Gleichartige Anrechte	155
b) Geringfügige Differenz der Ausgleichswerte	156
4. Geringfügiger Ausgleichswert eines Anrechts (§ 18 Abs. 2	
VersAusglG)	159
5. Ermessensausübung des Gerichts	160
6. Der Ausschluss bei kurzer Ehezeit	163
V. Die Härtefälle des § 27 VersAusglG	165
1. Allgemeines	165
a) Die Härteregelung als Gerechtigkeitskorrektiv	165
b) Abweichungen zum bisherigen Recht	165
c) Amtsermittlung	166
d) Betroffene	167
e) Sonstige Umstände	167
2. Die grobe Unbilligkeit	168
a) Begriff der groben Unbilligkeit	168
b) Umfang der Korrektur	170
3. Die verschiedenen Fallgruppen	171
a) Härtefälle im Rahmen der Erstentscheidung zum	
Versorgungsausgleich	171
aa) Lange Trennungszeit/phasenverschobene Ehe	171
bb)Erhebliches wirtschaftliches Ungleichgewicht	172
cc) Persönliches Fehlverhalten	175
dd)Ausbildungsfinanzierung	178
ee) Entziehung eines Anrechts	179
ff) Verletzung der Unterhaltspflicht	180
b) Härtefälle bei Ausgleich nach der Scheidung	
(§§ 20 ff. VersAusgIG)	182
aa) Grundlagen	182
bb)Die wirtschaftliche Lage der Beteiligten	183
cc) Pflichtverletzung gegenüber dem Ehegatten	184
c) Härtefälle im Rahmen des Abänderungsverfahrens	185

	· · · ·	107
§ 9	Vereinbarungen	187
	I. Bisherige Regelung	187
	II. Die Neuregelung	188
	1. Regelungsmöglichkeiten	188
	a) Der versicherungsmathematische Barwert als Vergleichswert	190
	b) Der vollständige Ausschluss des Versorgungsausgleichs	190
	c) Verrechnung von Anrechten	191
	d) Das Todesfallrisiko des Ausgleichspflichtigen	192
	e) Schuldrechtlicher Ausgleich statt Regelausgleich	192
	f) Die Berücksichtigung unterschiedlicher Risiken der Eheleute	193
	g) Die Berücksichtigung von Härteregelungen	193
	h) Herausnahme von Zeiträumen	194
	i) Unzulässigkeit einer Vereinbarung zum Supersplitting	194
	2. Möglichkeiten von Vereinbarungen	195
	a) Wann ist ein Ausschluss möglich?	195
	b) Der Zeitpunkt der Beurteilung von Risiken	195
	c) Hinreichend genaue Bestimmung des auszugleichenden	
	Anrechts	196
	3. Formelle Voraussetzungen	196
	4. Kontrollregelungen des § 8 VersAusglG	198
§ 10	Ausgleichsreife und schuldrechtlicher Ausgleich	205
	I. Die fehlende Ausgleichsreife	205
	1. Die einzubeziehenden Anrechte	205
	2. Die nicht ausgleichsreifen Anrechte	205
	II. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung/Schuldrechtlicher	
	Ausgleich	209
	1. Schuldrechtliche Ausgleichsansprüche nach neuem Recht	209
	2. Schuldrechtliche Ausgleichsansprüche nach früherem Recht	210
	a) § 1587f Nr. 1 BGB	210
	b) § 1587f Nr. 2 BGB	211
	c) § 1587f Nr. 3 BGB	211
	d) § 1587 f Nr. 4 BGB	211
	e) § 1587 f Nr. 5 BGB	211
	f) § 2 VAHRG	211
	3. Berechnung der schuldrechtlichen Ausgleichsrente nach	
	früherem Recht – keine Totalrevision	212
	4. Die Durchführung des schuldrechtlichen Ausgleichs nach	-12
	neuem Recht	213
	a) Die Höhe der schuldrechtlichen Ausgleichsrente	213
	b) Die anzurechnenden Sozialversicherungsbeiträge	213
	c) Änderungen während des Verfahrens	214
		215
	5. Ausgleichsvorschläge der Versorgungsträger	213
	6. Abtretung von Versorgungsansprüchen	
	7. Prozentuale Abtretung einer schuldrechtlichen Ausgleichsrente	219
	8. Der Anspruch auf Ausgleich von Kapitalzahlungen	219
	9. Die Abfindung eines schuldrechtlichen Ausgleichsanspruchs	220
	a) Allgemeines	220
	b) Die Höhe des Abfindungsbetrags	221

10. Ausgleichsansprüche nach dem Tod des Ausg 11. Vereinbarungen zur Zahlung einer verlängert	, ,
Ausgleichsrente	
12. Anspruch gegen die Witwe/den Witwer des Au	
pflichtigen	
pilicitugen	223
§ 11 Anpassungen nach Rechtskraft	225
I. Allgemeines	225
II. Das Unterhaltsprivileg	227
1. Die Regelungen	
2. Das Prüfungsschema	
III. Die Anpassung nach § 34 VersAusglG	
IV. Unterbleibende Kürzung einer Invaliditätsrente	232
1. Voraussetzungen zur Vermeidung der Kürzun	g 232
2. Antrag auf Aussetzung der Kürzung	
V. Rückfall eines Anrechts wegen Todes des Ausglei	
1. Die Voraussetzungen für die Rückgängigmach	
Ausgleichs	
a) Rückgängigmachung bei Anrechten gem.	
b) Weniger als 36 Monate des Rentenbezugs	
c) Keine Anrechnung anderer Leistungen	
d) Die Antragstellung durch den Ausgleichspi	
e) Totalrevision der Anrechte gem. § 32 Vers	
2. Rückgängigmachung von Kapitalzahlungen	
§ 12 Ergänzende Vorschriften	237
I. Der Ausgleich eines Anrechts der Privatvorsorge	
– Private Berufsunfähigkeitsrente, § 28	
1. Die Definition einer privaten Berufsunfähigkei	
2. Voraussetzung für den Ausgleich einer private	
Berufsunfähigkeitsrente	
3. Ehezeitanteilsberechnung und Ausgleichsforn	n 237
4. Kritik an der Regelung des § 28 VersAusglG	238
II. Leistungsverbot bis zum Abschluss des Verfahren	s, § 29 239
1. Allgemeines Leistungsverbot – Auszahlungsve	
2. Zeitrahmen des Leistungsverbots	
III. Schutz des Versorgungsträger im Leistungsfall, §	30 240
1. Zahlungsdauer mit befreiender Wirkung	
2. Ansprüche des Berechtigten über die Entsche	
Versorgungsausgleich hinaus	
IV. Tod eines Ehegatten	
1. Zeitschiene und Ausgleichsansprüche	
2. Gesamtbilanz für die Prüfung des § 31 VersAu	
3. Auswirkungen des Todes eines Ehegatten auf	
schuldrechtlichen Ausgleich	

§ 13 Übergangsvorschriften	247
I. Allgemeine Übergangsvorschrift	247
II. Recht im Beschwerdeverfahren	249
III. Wiederaufnahme von ausgesetzten Verfahren nach dem	
Versorgungsausgleichs-Überleitungsgesetz (VAÜG)	250
1. Wiederaufnahme nach Antrag	250
2. Wiederaufnahme von Amts wegen	250
§ 14 Abänderungen rechtskräftiger Entscheidungen	253
I. Zulässigkeit einer Abänderung	253
1. Allgemeine Systematik	253
2. Abänderung von nach neuem Recht ergangenen	
Versorgungsausgleichsentscheidung	255
a) Abänderung von Erstentscheidungen anlässlich der	255
Scheidungb) Voraussetzungen der Abänderung	255 255
c) Abänderungsverfahren	255 259
d) Umsetzung und Rückforderung	260
3. Abänderung von Vereinbarungen	261
4. Abänderung von Entscheidungen über den Ausgleich nach der	
Scheidung (schuldrechtlicher Versorgungsausgleich)	261
5. Abänderung von Altentscheidungen	261
a) Abänderung nach § 51 Abs. 1 und 2 VersAusglG	264
aa) Totalrevision im neuen Recht	
bb)Wesentlicher Wertunterschied	
b) Abänderung nach § 51 Abs. 3 VersAusglG	
6. Durchführung der Abänderung	269
a) Antragstellung	
b) Zeitpunkt der Wirkungsentfaltung II. Auswirkung der Abänderungsentscheidung	271
1. Allgemeines zur Berechnung	271
Wirkungszeitpunkt und Zeitpunkt der Leistungsänderung	273
3. Probleme aufgrund des Auseinanderfallens von Wirkungs- und	_, ,
Leistungszeitpunkten	273
a) Bereicherungsansprüche	273
b) Beitragsrückzahlungsregelung des § 52 Abs. 3 VersAusglG –	
Spezialfall des § 3 b Abs. 1 Nr. 2 VAHRG	275
§ 15 Steuern und Sozialabgaben im Versorgungsausgleich	277
I. Einführung	277
II. Arten der Besteuerung von Versorgungsleistungen	277
III. Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	278
IV. Steuerliche Auswirkung der Teilung eines Anrechts im	
Versorgungsausgleich	279
V. Steuern und Sozialabgaben bei den geteilten Anrechten	280
§ 16 Einige Anmerkungen zur Versicherungsmathematik	283
I. Einführung	283

II. Erläuterung der Begriffe Deckungskapital und	
versicherungsmathematischer Barwert	283
1. Was verbirgt sich hinter dem Begriff Deckungskapital oder	
versicherungsmathematischer Barwert	283
2. Worin unterscheiden sich Deckungskapital und	
versicherungsmathematischer Barwert	286
III. Grundlagen für die Berechnung eines Deckungskapitals oder	
versicherungsmathematischen Barwerts	286
1. Grundlagen für die Berechnung eines	
versicherungsmathematischen Barwertes	286
2. Bewertungsstichtag	287
3. Höhe der Versorgungsleistungen	287
4. Biometrische Rechnungsgrundlagen	287
5. Rechnungszins	289
6. Sonstige Bewertungsannahmen	290
IV. Bedeutung für den Versorgungsausgleich	291
1. Veränderung des Ausgleichswertes nach dem Ende der Ehezeit	291
2. Auswirkungen des unterschiedlichen Geschlechts der Eheleute	291
3. Auswirkungen eines Altersunterschiedes der Eheleute	292
Anhang	
1. Gesetz über den Versorgungsausgleich (Versorgungsausgleichsgesetz –	
VersAusglG)	293
2. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen	
und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	308
3. Rechtsprechung des BGH zum Versorgungsausgleich (Auszüge)	312
4. Monatliche Bezugsgrößen (BZG) § 18 Âbs. 1 SGB IV	317
	317
5. Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der allgemeinen Rentenversicherung	210
§§ 159, 160 SGB VI	318
6. Bundeseinheitliche Formulare zum Versorgungsausgleich	319
Sachverzeichnis	321